

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

2. Oktober 1968 - 79 / 11
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

KURRAS-PROZESS: WICHTIGES BEWEISMATERIAL NICHT GEWÜRDIGT - POLIZISTEN-PROZESS: WAR DER 2. JUNI EINE STRAFEXPEDITION ? (SEITE 3)
GRIECHENLAND: SOLIDARITÄT NICHT MORGENS UM 10 (SEITE 5) - AUSZÜGE AUS DER VERFASSUNG EINER DIKTATUR (SEITE 7)
NPD: VORSTANDS-DOKUMENT ÜBER DIE MANIPULATION VON VERSAMMLUNGEN (SEITE 9)

BUNDESPRÄSIDENT: HEINEMANN (SPD) IST SICHER

Die Wahl des derzeitigen Bundesjustizministers Dr. Dr. Gustav Heinemann (SPD) zum Nachfolger von Bundespräsident Lübke ist gesichert. Die FDP, obwohl öffentlich noch schweigsam, ließ die SPD wissen, daß für sie kein anderer derzeit genannter Kandidat infrage kommt. Die Freien Demokraten haben der SPD jedoch gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß die Unterstützung Heinemanns noch nicht eine Beteiligung der FDP an einem eventuellen SPD-Kabinett nach der Bundestagswahl 1969 präjudiziere. Der FDP-Entschluß, nicht für einen CDU-Kandidaten zu stimmen, ist aber wahltaktisch zu sehen: Die FDP wollte vermeiden, sich durch ein Pro-CDU-Votum innerhalb der CDU-feindlichen Wählerschaft als potentielle Rechtspartei auszuweisen.

GESAMTDEUTSCHES MINISTERIUM: AUFLÖSUNG ENDE 1969

Die Auflösung des Gesamtdeutschen Ministeriums, derzeit vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wehner verwaltet, nach der Bundestagswahl 1969 ist beschlossene Sache. Bei den diesjährigen Etatberatungen wurde dem durch weitere Kürzungen (5,5 Millionen auf 218,8 Millionen DM) bereits Rechnung getragen. Unter den insgesamt 28 Etat-Positionen liegt das Ministerium jetzt auf Platz 19. Die Auflösung des Ministeriums wird in Bonn als "Vorleistung" für ein geregeltes Nebeneinander mit der DDR betrachtet. Die propagandistischen Aufgaben des Ministeriums könnten auch von den anderen Ressorts wahrgenommen werden.

RÜSTUNGS-AUSGABEN: KALTER KRIEG MIT NEUEM HÖHEPUNKT

Für 1968 ist mit einem absoluten Höhepunkt der Rüstungsausgaben nach dem zweiten Weltkrieg zu rechnen. Bruchstückhafte Informationen aus Volkschina besagen, daß die Regierung in Peking den größten Sprung nach vorn tut: sie wird rund 400 Milliarden DM (umgerechnet) in die Rüstung stecken; die USA geben rund 320 Mrd. DM aus, die anderen NATO-Länder 81,2 Mrd. DM. Die Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der UdSSR haben rund 200 Mrd. DM in ihre Etats eingesetzt, die Entwicklungsländer der Dritten Welt 55 Mrd. DM. Gemessen am Sozialprodukt gibt Volkschina 35 Prozent für Rüstung aus, die UdSSR 15,5 Prozent, die DDR 5,6 Prozent, die Bundesrepublik 3,8 Prozent.

ARCHITEKTENAUSSTELLUNG: SECHS FORDERUNGEN AN DEN SENAT

Die Aktion 507, eine Gruppe junger Architekten und Wissenschaftler anderer Disziplinen, hat in den Bauwochen mit der Ausstellung "Diagnosen" eine kritische Analyse des Westberliner Bau-Geschehens eingeleitet und den Versuch unternommen, politische Entscheidungen im Bauwesen deutlich zu machen -für Westberlin ein Novum. Die Diagnose ist gestellt. Sie ist vernichtend ausgefallen. Das Echo war erstaunlich, die Beteiligung auch von betroffenen Mietern an den täglich stattfindenden Diskussionen war unerwartet hoch. Mitunter kam der Beifall auch von der falschen Seite: offensichtlich in Verkennung der Forderungen der Gruppe, von Seiten der CDU. Die Spitzen der Parteien und der Bauverwaltung wie auch viele der eingeladenen Verantwortlichen haben es dagegen nicht gewagt, sich der Diskussion zu stellen. Das galt besonders für Bausenator Schwedler (SPD): ihm erscheint Kritik offenbar als lästige Störung.

Die Ausstellung wird ab 7.10. in der Staatlichen Ingenieur-Akademie für das Bauwesen fortgesetzt. Die Aktion 507 versteht die Weiterführung der Ausstellung als ersten Schritt zur Verwirklichung der folgenden Forderungen:

I. Zur Bau- und Bodenpolitik:

Das Baugeschehen in Westberlin steht im Zeichen einer Überbewertung des Eigentums-Gedankens. Was die Ableitung einer Grundrente aus dem gesellschaftlichen Reichtum a Konsequenzen zeitigt, darüber sind spezielle Gruppen der betroffenen Mieter aufzuklären.

II. Innerstädtische Sanierung und Stadtrand-Siedlungen:

Im Interesse der unterprivilegierten Sozialschichten, die von der Sanierung mehr betroffen als ihre Nutznießer sind, ist zur Baupolitik auf dem Wohnungssektor zu fordern

1. Mitbestimmung der Mieter über Bau-Investitionen in ihren Gebieten; 2. Offenlegung der Eigentums-Verhältnisse von innerstädtischen Gebieten, die zu bebauen sind; 3. Ausbau von Sozial-Einrichtungen in Neubau-Gebieten gleichzeitig mit dem Wohnungsbau unter Einschränkung des Profit-Interesses; 4. Ersatz des Privat-Kapitals, das heute zu mehr als einem Viertel bei der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus beteiligt ist, durch Mittel eines zentralen Investitions-Fonds, in den das Mietaufkommen aus abgeschriebenen Wohngebäuden überführt wird; 5. Stop des vorzeitigen Wohnungsabrisses in Sanierungsgebieten, bis auch sozial unterprivilegierte Gruppen in den Genuß von Neubaumaßnahmen kommen und diese Maßnahmen unter Beteiligung der lokalen Öffentlichkeit getroffen werden.

III. Schulbau:

Unverzögliche Verwirklichung pädagogisch fortschrittlicher Planungskonzepte, die bereits formuliert sind.

IV. Bau-Verwaltung:

Über die Vergabe öffentlicher Aufträge ist in öffentlicher Diskussion zu befinden. Entwurfsabteilungen sollten aus der Bauverwaltung und aus den Baugesellschaften ausgegliedert werden. Die Bauverwaltung kontrolliert nur die Bauausführung.

V. Stadtplanung:

Planung der Investitionen und Verwissenschaftlichung der Planungsvorbereitung: Öffentliche Darlegung der Planungsphasen während des Planungsprozesses; Erarbeitung und öffentliche Diskussion von Planungsalternativen.

VI. Wettbewerbswesen:

Das Wettbewerbsverfahren ist öffentlich auszutragen. Kriterien der Entscheidung sind zu benennen. Die Programme sind zu objektivieren.

BADEN-WÜRTTEMBERG: VIETNAM-SPENDENAKTION AN SCHULEN VERBOTEN

Das Kultusministerium von Baden-Württemberg hat die Verteilung eines Spendenaufrufs für Vietnam durch den Deutschen Bundesjugendring an den Schulen des Landes verboten. Begründet wurde dieses Verbot mit dem Hinweis, daß es sich dabei um eine "Werbeaktion" handle; offen blieb, ob für den Jugendring oder Vietnam. Der SPD-Landtagsabgeordnete Weinmann hat gegen das Verbot protestiert. Ebenso der Landesjugendring, der die Sammelaktion als "Beitrag zur politischen Willensbildung" verstanden wissen will.

KURRAS-URTEIL: EIN SCHUSS ZUVIEL

Der Prozeß gegen den Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras wird mit höchster Wahrscheinlichkeit (bei Redaktionsschluß lag eine endgültige Entscheidung des Bundesgerichts noch nicht vor) wieder aufgerollt: Derselbe Senat des Bundesgerichtshofs, der vor kurzem den Teufel-Freispruch im Landfriedensbruch-Prozeß rechtskräftig bestätigte, will das Kurras-Urteil nicht anerkennen. Rechtsanwalt Otto Schily als einer der Nebenkläger-Anwälte wies nach, daß ein wichtiges Beweismittel im ersten Kurras-Prozeß nicht gewürdigt worden war: Das Tonband eines Reporters vom Süddeutschen Rundfunk, der auf dem Garagenhof in der Krumme Straße, wo Ohnesorg starb, Aufnahmen machte. Auf diesem Band ist deutlich der Schuß zu hören; allerdings nur einer. Vor dem Schuß lief das Band schon anderthalb Minuten, danach noch zweieinhalb Minuten: Damit wird das für den "Freispruch aus subjektiven Gründen" entscheidende Gutachten von Dr. Spengler hinfällig. Das Urteil und das Gutachten gingen davon aus, daß zwei Schüsse gefallen seien: Der erste, für den ein starker Druck des Fingers notwendig wäre, soll zur Warnung gegen die Decke gegangen sein (wobei es das Gericht nicht störte, daß die Kugel nie zu finden war); den zweiten Schuß soll ein vor Todesangst zitternder Zeigefinger mehr zufällig gelöst haben. Für diesen zweiten Schuß hätte schon ein leiser Fingerdruck genügt im Gegensatz zum ersten, der willentlich abgegeben worden sein muß. Beide Schüsse sollen nacheinander in Bruchteilen von Sekunden gefolgt sein. Das Tonband widerlegt diese schon immer recht zweifelhafte Hypothese eindeutig. Es liefert den Beweis, daß Ohnesorg gezielt erschossen wurde. Kurras, der der Verhandlung braungebrannt und gutgelaunt beiwohnte, hatte diese Wende offenbar nicht erwartet. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Roos erklärte hingegen in der Verhandlungspause: "Es war mir schon immer vollkommen klar, daß das Urteil aufgehoben wird."

POLIZISTEN-PROZESS: 2. JUNI 1967 - EINE STRAFEXPEDITION ?

Bei dem Prozeß gegen drei Prügel-Polizisten, deren Opfer der Medizinstudent Götz Friedenberg wurde, erklärte ein Polizei-Ausbilder der Einsatzgruppe Schöneberg, Kommissar Manfred Rode, daß "die Stimmung in der Truppe" vor dem 2. Juni sehr schlecht gewesen sei: "Bei uns herrscht das Schwarz-Weiß-Denken ebenso vor wie auf der anderen Seite". Man sei durch die Pressekampagnen gegen die Studenten beeinflusst worden. Nach Einsätzen gegen die Studenten vor dem 2. Juni wurde des öfteren scharfe Kritik unter den Beamten laut. Die Tendenz war, so Rode: "Wenn wir einmal wirklich durchgreifen, dann haben wir auch Ruhe." Mit dieser Feststellung beantwortete der Ausbilder die Frage des Nebenkläger-Anwalts Mahler, ob die Aktionen des 2. Juni einen Erziehungszweck erfüllen, also eine Art Strafexpedition sein sollten. Über den Knüppelinsatz erklärte der Kommissar, daß man auch darüber in der Ausbildung mit den Beamten gesprochen habe: "Schläge gegen einzelne dienen zur Brechung des Widerstands, und zwar so lange, bis man den Betroffenen festnehmen kann." Oder: "Der Schlagstockeinsatz geschieht dazu, um die Menge in Bewegung zu kriegen." Alle vorgeladenen Polizisten, darunter auch Kommissar Rode, waren in unmittelbarer Nähe, als Benno Ohnesorg erschossen und, etwa drei Meter daneben, Friedenberg von drei Beamten verprügelt wurde. Von beiden Ereignissen, die sich fast am gleichen Ort und zur gleichen Zeit abspielten, wollten die Beamten "nichts, absolut nichts" gesehen haben. Auf die Frage des Vorsitzenden an einen der Polizisten, ob er überhaupt Prügel Szenen beobachtet habe, kam die Antwort: "Nein, aber ich habe Kollegen im Einsatz gesehen." Einer der Beamten blieb als möglicher Mitäter unvereidigt, die anderen, weil sie angeblich nichts wußten. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis mit Bewährung für zwei der Angeklagten, einen wollte er freigesprochen wissen. Rechtsanwalt Mahler als Vertreter des Nebenklägers Friedenberg wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft dieses Verfahren erst eingestellt hatte, weil sie angeblich trotz des eindeutigen Fotomaterials keinen der Täter ermitteln konnte. Durch eine Veröffentlichung im EXTRA-Dienst, die der "Tagesspiegel" aufgriff, wurde diese Einstellung zum öffentlichen Skandal, da alle Täter der Staatsanwaltschaft bekannt waren. Als ein Beispiel für Terrorjustiz bezeichnete Mahler es auch, daß gegen die Prügel-Polizisten nur drei Monate mit Bewährung beantragt wurden, wenige Tage zuvor gegen einen Demonstranten elf Monate Gefängnis ohne Bewährung. Das "Ver-

brechen" dieses Demonstranten: Er hatte Flugblätter verteilt und war, als einer der Mitverteiler festgenommen wurde, durch eine lockere Polizeikette gedrungen, wobei er einen Polizisten leicht zur Seite schob, ohne jemand zu verletzen. Dieser Mann war ebenso unvorbestraft wie die drei Polizisten, die Friedenbergs für zehn Tage arbeitsunfähig prügelten. Das Urteil des Gerichts lautete schließlich: sechs Wochen Gefängnis mit dreijähriger Bewährung für alle drei. An den Studenten sind 500 Mark Bußgeld zu zahlen.

GRIECHENLAND-WERBUNG: VORWÄRTS-CHEFREDAKTEUR VERDÄCHTIGT

Der Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans "Vorwärts", Jesco von Puttkamer, geriet auf dem Umweg über einen "Agentenbericht" in den Verdacht, sich um eine Werbeaktion der englischen Firma Frazer für das Athener Diktaturregime verdient gemacht zu haben. In einem detaillierten Geheimbericht der Werbeagentur Frazer an die griechische Regierung, der Gegnern des Diktaturregimes in die Hände fiel, wird neben dem CDU-Generalsekretär Bruno Heck der Vorwärts-Chefredakteur von Puttkamer als "kollaborationswillig" genannt. Der in der SPD "roter Baron" genannte Journalist wird in dem Papier als "Dr. Puttkamer" und als "Assistent von Mr. Brandt" (Außenminister) geführt. Laut Papier soll er einem Frazer-Agenten zugesichert haben, eine Reise nach Griechenland zu unternehmen und Brandt positiven Bericht zu erstatten. In der Tat war ein public-relations-Agent von Frazer bei Puttkamer und lud ihn zu einer Griechenland-Reise ein. Der innerhalb der SPD links-tendierende Chefredakteur lehnte ab. Eine Woche später erschien der Agent wieder, zeigte "Verständnis" für die "Situation von Puttkamers" und bot an, die Reise "diskret" und "incognito" zu arrangieren. Puttkamer solle nur einen Bericht an den Parteivorsitzenden Brandt über seine Eindrücke schreiben. Puttkamer lehnte auch dieses Ansinnen ab. Der frustrierte public-relations-Manager offenbar besorgt um seine weiteren Einnahmequellen, kablete trotzdem nach London einen "Erfolgsbericht". - Das Geheimpapier sollte bekanntlich von der Londoner "Sunday Times" am Wochenende veröffentlicht werden; die Publikation wurde allerdings, eine Stunde vor Druckbeginn, durch die einstweilige Anordnung eines Londoner Gerichts auf Antrag der Agentur Frazer unterbunden.

RC PADERBORN: ALS CLUB VOLTAIRE KONSTITUIERT

In Paderborn hat sich "als fester Stützpunkt der APO" der Club Voltaire, Republikanisches Centrum, 479 Paderborn, Damaschkestraße 29, etabliert. Der Club ging aus dem "künstlerisch-politischen Galerie Club" hervor, der weiterhin besteht und jetzt ausschließlich "künstlerisches Refugium" ist.

KÖLNER BUCHHÄNDLER: GROSSE VERLAGE LIESSEN KLEINE IM STICH

In einem Brief an den Frankfurter S.-Fischer-Verlag hat der Leiter einer der größten westdeutschen Bahnhofsbuchhandlungen, Gerhard Ludwig (Köln), die Wahl eines Springer-Verlagsdirektors zum Vorsitz der Buchhändler-Börsenvereins und den Verlauf der Frankfurter Buchmesse dieses Jahres scharf kritisiert. Ludwig beklagt sich darüber, daß die großen liberalen Verlage, S. Fischer an der Spitze, trotz ihrer eigenen Bedenken die kleinen Firmen mit ihren Problemen in der Hauptversammlung des Börsenvereins allein gelassen hätten. Der Ullstein-Verlagsdirektor Werner E. Stichnote war auf der Versammlung von 283 der 4930 Vereinsmitglieder gewählt worden, es wurden etwa 70 Gegenstimmen abgegeben. Ludwig bezeichnete in seinem Schreiben die Buchmesse als "Polizeimesse" und sprach die Hoffnung aus, daß die jungen Buchhändler Börsenverein und Messe in ihrer bisherigen Form bald ein Ende bereiten.

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DONNERSTAG, 3. Oktober, 20.30 Uhr, trifft sich im RC erstmals der neugebildete Arbeitskreis "Die Rolle der SPD und der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung der letzten 50 Jahre".

FREITAG, 4. Oktober, 20 Uhr: "Verlagspolitik in der Bundesrepublik - die Frankfurter Buchmesse". Im Freitagsgespräch diskutieren junge Autoren, Verleger und Buchhändler.

SONNTAG, 6. Oktober, 20 Uhr, spricht im RC Michael Naether über den "Befreiungskampf in der portugiesischen Kolonie Guinea".

MORGENS UM ZEHN IST DIE WELT NOCH IN ORDNUNG

Wollte man sozialistisches Bewußtsein mit der Elle der Solidarität messen, so müßten sich verschiedene Gruppen der Westberliner APO ein Armutzeugnis ausstellen: "Die deutschen Genossen haben uns im Stich gelassen!" Das war am Sonnabend bei den Griechen, die am Vortag der Zwangsbejahung der Athener Diktatur-Verfassung (siehe Dokumentation) zu einer Demonstration aufgerufen hatten, der vorherrschende Eindruck. Springer-Reporter feixten miteinander: Zum erstenmal brauchten sie die Teilnehmerzahl einer Demonstration nicht herunterzumanipulieren. Die polizeioffizielle Schätzung von 300 war schon geschmeichelt. Die griechischen Studenten und Arbeiter waren fast unter sich, obwohl SDS und FU-AStA ihre Unterstützung zugesagt hatten. Die "Unterstützung" stellte sich den Griechen so dar, daß eine Basisgruppe von vielleicht zwanzig SDS-Leuten am Freitag in der TU eine Podiumsdiskussion der Griechen mit Parteienvertretern gegen das Votum des Auditoriums sprengen wollte: Dabei waren die drei Vertreter der etablierten Parteien trotz der sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten eindeutig auf dem Rückzug. Sie hatten sich restlos blamiert und benutzten die Forderungen nach Abbruch der Diskussion zur Aussage, daß man eben "mit Ihnen nicht diskutieren kann". Wer erwartet hatte, daß die Mitglieder der Basisgruppe wenigstens am nächsten Morgen mitdemonstrieren würden, sah sich aber auch getäuscht. Die Griechen blieben meist unter sich. In ihren Ansprachen brachten sie es zum Ausdruck: Zum erstenmal hatten sie sich untereinander - von der Zentrumsunion bis zur EDA - auf eine gemeinsame Aktion geeinigt und ihre deutschen Freunde zur Solidarität aufgerufen. Doch da stand Griechenland gerade nicht auf der Tagesordnung. Man hatte ja im Februar, noch dazu am Vormittag, schon einmal für das demokratische Griechenland und gegen das diktatorische demonstriert. Noch einmal früh aufzustehen, um griechischen Genossen Solidarität zu bezeugen, war offenbar zu viel verlangt. Um zehn Uhr morgens kann man Sozialisten noch nicht aus den Betten holen. Morgens um zehn ist die Welt noch in Ordnung.

DKP-GRÜNDUNG: GRÜNES LICHT NACH LANGER WARTEZEIT

Die Gründung der neuen "Deutschen Kommunistischen Partei" - kurioserweise im Frankfurter Luxushotel Intercontinental bekanntgemacht - ist als unmittelbare Folge der Auseinandersetzung in vielen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition nach der CSSR-Intervention anzusehen. Die Kommunisten hatten auch ursprünglich vor, nicht mit einer eigenen Partei in den Bundestagswahlkampf 1969 einzugreifen, sondern sich an einer Sammelpartei zu beteiligen - falls diese zustande kommt. Trotz der Bemühungen des "Gießener Kreises" um die Professoren Werner Hofmann und Wolfgang Abendroth und zahlreiche Betriebsräte scheint es dazu nicht zu kommen; zumindest nicht zum angestrebten "breiten demokratischen Aktionsbündnis". Die Gründung der neuen Kommunistischen Partei - die nicht in Westberlin auftreten wird und die das Wort "Deutschland" der alten KPD vermeidet - wurde seit zwei Jahren vorbereitet, da die KPD trotz heftiger Agitation nicht mehr mit einer Aufhebung des KPD-Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht rechnete. Die ablehnende Reaktion zahlreicher Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition auf den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Divisionen in die CSSR ließen sowohl die SED in der DDR als auch die KP-Kader zu der Erkenntnis kommen, daß die ideologische Auseinandersetzung innerhalb der APO ohne eigene feste Organisationsstruktur, die sich der Legalität bedienen kann, nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg zu führen ist. An den Aufbau einer eigenen Gewerkschaftsorganisation ist nicht gedacht; die DKP will im DGB mitarbeiten. Auch eine eigene Jugendorganisation soll nicht gegründet werden, da die SDAJ als "marxistisch-leninistische Organisation" betrachtet wird. Vorläufig soll auch kein eigener Studentenverband ins Leben gerufen werden. Die Partei will als Zentralorgan vorläufig eine Wochenzeitung herausbringen.

VERFASSUNGSSCHUTZ: KOORDINIERUNGSSTAB GEGEN DEN SDS ?

Die DDR-Nachrichtenagentur ADN berichtet unter Berufung auf Quellen aus dem Bundesinnenministerium aus Köln (Sitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz), daß "unter di-

rekter Leitung von (Verfassungsschutz-) Vizepräsident Günther Nollau ein mehrköpfiger Koordinierungsstab" gebildet worden sein soll, der "die Erfassung von SDS-Mitgliederlisten und anderer zweckdienlicher Materialien" betreibt. Um genügend Material zusammenzubekommen, sollen in verstärktem Umfang Professoren und Studenten als Spitzel angeheuert werden. Der Koordinierungsstab soll die Aufgabe haben, "die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot (des SDS) zweifelsfrei zu schaffen".

BADEN-WÜRTTEMBERG: ANTI-CLUB-AKTION DER JUSTIZ

Eine konzertierte Aktion gegen die oppositionellen Clubs lief in den letzten Wochen in Baden-Württemberg ab: Im Stuttgarter Club Voltaire wurden Plakate wegen angeblich pornographischen Inhalts beschlagnahmt; dem Club Bastion in Kirchheim-Teck wurde die Unterstützung entzogen, da dort - in einer geschlossenen Veranstaltung - der Nackt- Protestler Mühl auftrat; beim Club Zelle in Reutlingen wurde die Staatsanwaltschaft vorstellig, um den Abbau einer Ausstellung von Pariser-Mai-Plakaten zu erreichen (wegen Beleidigung de Gaulles). Jetzt wartet der vierte baden-württembergische Club (in Schwäbisch-Gmünd) auf den Vorwand, den man für ein "Einschreiten" findet. Die Clubs vermuten, daß die Aktion der Justiz und der Polizei bewirken soll, daß besorgte Eltern ihre Erziehungsbefohlenen nicht mehr in die Clubräume gehen lassen.

SARG AM KU-DAMM: BIAFRA-GELD FÜR BEFREIUNGSFRONT

Die "Kommune 99" bewegte sich am Sonnabendnachmittag in schwarzen Kleidern, mit einem schwarzen Holzkreuz und kleinen schwarzen Särgen über den Kurfürstendamm. Zweck des Aufzugs laut Plakat "Geld für Säрге für Biafra zu sammeln". Es kamen 84 DM zusammen. Für diesen Betrag soll ein großer schwarzer Sarg gekauft werden, der mit einem Plakat "Dieser Sarg wurde aus Spenden der Westberliner Bevölkerung angeschafft" erneut über den Boulevard getragen wird. Der Sarg wird dann versteigert, der Erlös einer afrikanischen Befreiungsbewegung zugeführt. Die "Kommune 99" will auf diese Weise gegen die humanitäre Biafra-Heuchelei neokolonialistischer Kreise und für die antikolonialistischen Befreiungsbewegungen demonstrieren.

FRANKREICH: "CINE-TRACTS" VOM MAI JETZT IN WESTBERLIN

Im Pariser Mai und Juni entstanden unter Mitarbeit von Jean-Luc Godard, Chris Marker und Alain Resnais 40 zwei- bis dreiminütige Dokumentarfilme, die agitatorisch eine Idee, ein Schlagwort oder ein politisches Zitat mit den Hilfsmitteln des Standfotos, des Plakates, der Zeichnung oder des kurzen Strips illustrierten. Sie erhielten den Namen "Cine-tract". Fünf der 16-mm-Streifen kauften die Freunde der Kinemathek Westberlins an und übernahmen sie in ihren Verleih. Freitag, 4. Oktober, 22.45 Uhr, werden sie im "Bellevue" am Hansaplatz für Westberlin uraufgeführt. Im "Beiprogramm" läuft die unverstümmelte Fassung von "Cuba Si" sowie "Die 6. Seite des Pentagons" (über den Protestmarsch der Vietnam-Kriegsgegner in Washington).

GROSSBRITANNIEN: KOMITEE DER HUNDERT AUFGELÖST

Das "Komitee der Hundert" in Großbritannien, seit etwa acht Jahren Führer der Anti-Atombomben- und Abrüstungsbewegung, hat sich Mitte September aufgelöst. Komitee-Sekretär Peter Cadogan erklärte in einem Statement, daß die Organisation in den vergangenen Jahren ihre selbstgestellte Aufgabe erfüllt habe und die Zeit nun neue Organisationsformen erfordere. Hintergrund der Auflösung: Das "Komitee" wurde in den letzten Jahren fast ausschließlich durch den britischen Metallindustriellen Howard Cheney finanziert, der seine Unterstützung im August einstellte. Die Komitee-Auflösung wurde unvermeidlich, da keine finanziellen Mittel mehr für die Unterhaltung des Büros und des Nachrichtendienstes vorhanden waren. Der Organisationssekretär teilte mit, daß die Arbeit aber nicht aufgegeben würde. In ganz Großbritannien sollen kleine Gruppen weiterarbeiten, die "Ideen produzieren, Antworten erarbeiten, das Establishment mit ihnen konfrontieren und dabei Erfolge herausholen sollen. So werden neue Organisationsformen des gewaltlosen Widerstandes entstehen" (Cadogan).

WITZ DER WOCHE

Der 68jährige Generalsohn und Rentner Claus H. (Name der Redaktion bekannt) alarmierte am 24. September in stundenlangen Telefongesprächen alle seine Bekannten mit dem Hinweis, der "dritte Weltkrieg" habe soeben begonnen - seit Stunden rollten Truppentransporte auf der Reichsbahnstrecke von Wannsee nach Grunewald, "wie 1914 und 1939". Rückfragen eines Bekannten bei der Reichsbahn ergaben, daß es sich um den Transport des Zirkus Rudy Brothers von Minden (Westfalen) nach Westberlin handelte.

HINWEISE DER REDAKTION

GEDICHTE VON JEWUSCHENKO lesen Mirjam Treitel und Wilfried Norden am Montag, 7. Oktober, 20 Uhr, im "theater 57" des Reichskabarets (Ludwigkirchstraße 6).

SONNABEND, 5. Oktober, 20 Uhr, tritt Westberlins Regierender Bürgermeister zusammen mit dem Blasorchester der Westberliner Polizei in der Beethovensschule in Lankwitz bei einer Konzertveranstaltung der "Aktion Sorgenkind" auf.

FIDEL CASTROS Stellungnahme "Kuba und der Einmarsch der Divisionen des Warschauer Paktes in die CSSR" (50 Seiten starke Rede vom 23. August 1968) kann in deutscher Übersetzung bei der Sozialforschungsstelle der Uni Münster, 46 Dortmund, Rheinlanddamm 99, bezogen werden.

IM VICTOR-GOLLANCZ-HAUS (Westberlin-Schöneberg, Cheruskerstraße 27) beginnt am Mittwoch, 2. Oktober, eine progressive Vortragsreihe, die sich (jeweils 20 Uhr) mit Strafrechtsreform (2.10.), Rechenautomaten (9.10.), Wirtschaftssystemen (16.10.), Psychoanalyse (25.10.) und Strafvollzug (30.10.) beschäftigt. Veranstalter ist das Evangelische Pfarramt Schöneberg.

ATOMWAFFENSPERRVERTRAG - und wie weiter? lautet das Thema eines Vortrags von Prof. Dr. Peter Klein vom "Deutschen Institut für Zeitgeschichte der DDR" im DSF-Club, Kurfürstendamm 72, am Mittwoch, 2. Oktober, 19.30 Uhr.

DIE LIGA des antifaschistischen Widerstandes Westberlin bittet uns, ihre Adresse bekanntzugeben: 1 Berlin 45, Prausestraße 3 (Telefon 76 49 68).

EXTRA-Dienst ist in Nr. 71/II vom 4. September einer Verwechslung aufgesessen: Mit Recht fragt uns der Wuppertaler Jugenddienst-Verlag, "was wohl unsere Autoren Karlheinz Deschner, Hans-Werner Bartsch, Wolfgang Fietkau, Martin Goldstein, Heinz Edelmann und alle anderen dazu sagen", daß wir den Jugenddienst-Verlag als "rechtsgerichtet" bezeichneten. Nun - sie werden böse sein, und auch das mit Recht. Wir bitten Sie und den Verlag um Nachsicht für unseren Fehler.

EXTRA-AUSLESE

GRIECHENLAND: DIE VERFASSUNG EINER DIKTATUR

Am Sonntag ließ sich die griechische Militärjunta zu ihrem Verfassungsentwurf per Volksabstimmung applaudieren. EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend Auszüge aus jenen Verfassungsartikeln, die ausdrücklich außer Kraft gesetzt sind, bis die Militärjunta sie per Dekret wieder zuläßt. Die außer Kraft gesetzten Artikel beinhalten sämtlich Grundrechte.

Artikel 14 (über die Presse): § 4 ... Ausnahmsweise ist die Beschlagnahme (von Zeitungen etc.) durch den Staatsanwalt erlaubt: a) wegen Beleidigung der christlichen Religion oder anderer bekannter Religionen; b) wegen Beleidigung des Königs, des Kronprinzen, ihrer Gattinnen und Kinder; c) wegen einer Veröffentlichung die 1)... 2) zum Aufruhr aufruft oder den Sturz des Staatsgebildes oder der herrschenden sozialen Staatsordnung bezweckt oder gegen die territoriale Integrität des Staates gerichtet ist, oder Defaitismus hervorruft, oder die Ausführung des Verbrechens des Landesverrates propagiert, 3) die Propagierung und Verbreitung von Programmen verbotener Parteien oder Organisationen bezweckt.

Artikel 15 (über das Briefgeheimnis): Die Unantastbarkeit des Briefgeheimnisses und der Korrespondenz ist garantiert. Durch Gesetz wird bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Gerichte zum Schutz der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung von der Wahrung dieses Geheimnisses entbunden sind.

Artikel 23 (über "den Schutz von ausländischen Institutionen und Kapitals, Gesetz 2687/1953"): 1) ... Ein neues Gesetz kann das obengenannte Gesetz nur revidieren, um der ausländischen Kapital größeren Schutz zu gewähren...

Artikel 25 (Notstand): Der König kann nach einem Vorschlag des Kabinetts im Falle eines Krieges oder der allgemeinen Rekrutierung wegen äußerer Gefahr oder ernster Beunruhigung oder Bedrohung der Ordnung und Sicherheit des Staates von inneren Gefahren, "durch Königliches Dekret" für das ganze Territorium oder einen Teil besonders die Artikel der Verfassung 10, 12, 13, 14, 15, 18, 19, 111 und 112 und andere außer Kraft setzen. Das "Gesetz über den Ausnahmezustand" kann eingeführt und Schnellgerichte eingerichtet werden.

Artikel 56 (über das Parlament): § 2 Rechtskräftig verurteilten Personen wird unabhängig von der Höhe der Strafe und der Art der Handlungen gegen den Staat oder die bestehende soziale Ordnung das Wahlrecht entzogen.

Artikel 58 (über die Parteien): § 2 Die Organisation, die Programme und die Tätigkeiten der Parteien müssen von nationalen und demokratischen Prinzipien bestimmt sein. Das Statut jeder Partei bedarf der Zustimmung des Verfassungsgerichts. § 4 Die Tätigkeit der Parteien steht unter permanenter Aufsicht des Verfassungsgerichts, das die Auflösung jeder Partei wegen Verletzung der Verfassung oder der Gesetze vornehmen kann. § 5 Parteien, deren Ziele oder Tätigkeit offen oder getarnt das Staatsgebilde leugnen oder zum Sturz der existierenden sozialen Ordnung tendieren oder die territoriale Integrität, die Ordnung und Sicherheit des Staates gefährden, werden verboten und durch Entscheidung des Verfassungsgerichts aufgelöst.

Artikel 61 (über die Kandidaten): 1. Gewählt werden darf nur derjenige, der die griechische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens die mittlere Reife einer Schule oder Gewerbeschule absolviert hat. 2. Es kann nicht kandidieren c) wer seinen Militärdienst nicht geleistet hat oder von ihm nicht rechtmäßig befreit wurde; f) der rechtskräftig wegen aktiver Anteilnahme an Parteien, Organisationen oder Vereinigungen Verurteilte, deren Ziel die Verbreitung und Durchführung von Ideen ist, die den Sturz der bestehenden politischen Ordnung oder des sozialen Staatsgebildes bezwecken.

Artikel 138 (Inkrafttreten): Die vorliegende Verfassung tritt in Kraft nach ihrer Verabschiedung durch das griechische Volk, nach der Unterzeichnung durch das Kabinett und nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger, ausgenommen die Artikel 10, 12, 13 (§1), 14 (§§ 1-3), 18, 19, 25 (§§ 2-3), 58 (§§ 1-3), 60, 111, 112, 121, (§2), mit deren Inkraftsetzung die Nationalversammlung durch Dekrete, die im Staatsanzeiger veröffentlicht werden, beauftragt wird.

Die Artikel der neuen Verfassung, die nicht in Kraft treten, besagen u. a. folgendes:

Artikel 10: Niemand darf verhaftet werden ohne begründeten Haftbefehl...

Artikel 12: ...Schnellgerichte... dürfen nicht eingeführt werden.

Artikel 13: § 1 Das Hausasyl ist unantastbar. Keine Hausdurchsuchung ist möglich mit Einschränkung der vom Gesetz vorgesehenen.

Artikel 14: § 1 Jeder kann mündlich oder schriftlich durch die Presse oder andere Kommunikationsmittel seine Meinung vertreten, wenn er auf die Gesetze des Staates achtet... § 2 Die Presse ist frei und übt eine öffentliche Funktion aus... § 3 Die Zensur und jede andere präventive Maßnahme sind verboten.

Artikel 18: § 1 Die Griechen dürfen sich ruhig und unbewaffnet versammeln, wie es das Gesetz bestimmt...

Artikel 19: § 1 Die Griechen haben das Recht, sich zusammenzuschließen, wie es das Gesetz bestimmt...

Artikel 111: § 1 Verbrechen und politische Delikte werden von Geschworenen-Gerichtern behandelt...

NPD: "RESERVESICHERUNGEN KÖNNEN OFT WUNDER WIRKEN"

In unserer letzten Ausgabe kündigten wir den Abdruck von Auszügen aus vertraulichem Material für die NPD-Vorstandsmitglieder an. Die Auszüge aus dem "Organisationsdienst für Vorstandsmitglieder der NPD" (nach dem angeblich der Landesverfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen seit einiger Zeit vergeblich fahndet) sind zwar streckenweise erheiternd, zeigen aber deutlich, daß diese Partei nichts dem Zufall überläßt: Die NPD ist eine straff von oben organisierte Gruppierung, die notfalls auch in der Illegalität weiterbestehen kann. In dieser Ausgabe: Wortlaut der "NPD-Versammlungsgesetze"; in der nächsten Ausgabe: Werbeanweisungen für die NPD-Zeitung "Deutsche Nachrichten".

ZEHN GESETZE ZUR VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG VON VERSAMMLUNGEN

Die beste Aussagemöglichkeit hat die Partei durch ihre Versammlungen. Sie erfordern eine sorgfältige Vorbereitung, denn nach ihrem Gesamteindruck formen sich die Außenstehenden ihr Bild von der NPD.

Daß man sich ständig bemüht, in der Berichterstattung durch die Massenmedien die gewonnenen Eindrücke zu verzerren und zu verzeichnen, gehört zum Handwerk unserer politischen Gegner. Wir können sie nicht daran hindern. Wohl aber können wir die Angriffsflächen verkleinern durch exakte organisatorische Vorbereitungen und durch einen klug geleiteten Versammlungsverlauf. Selbst wenn dann die Zusammenfassung schwacher Stellen aus zahlreichen Versammlungen im Fernsehen übertragen werden, wird der Eindruck am Bildschirm immer noch ein günstiger sein, zu dem die abwertenden Worte der Kommentatoren im Widerspruch stehen.

1. Man sichere sich rechtzeitig die Säle. Auf dem Umweg über den Saal möchte man nur zu gern die Durchführung unserer Versammlungen verhindern. Daher frühzeitig die Räume festlegen (Vertrag!). Das gilt besonders vor Wahlen, da auch andere Parteien auf die Säle reflektieren. Der Verantwortliche muß sich den Raum genau ansehen und genau ermitteln, welche Gegebenheiten ihn erwarten. Man sehe sich auch die Beleuchtung eingeschaltet an! Es ist vorgekommen, daß bei einem Leuchter mit zehn Fassungen nur eine einzige Glühbirne brannte und der Redner nicht in der Lage war, in dieser Dämmerung einen Zeitungstext zu verlesen!

Das gilt auch bei einer Ausleuchtung des Saales durch die Scheinwerfer der Fernsehkameras, die nach Erledigung ihres Auftrages ihre Anlage abbauen und ein bescheidenes Halbdunkel hinterlassen. Dann hat sofort die volle Saalbeleuchtung zur Verfügung zu stehen, die meist ausgeschaltet war wegen der hohen Zählerbelastung durch die Scheinwerfer. Reservesicherungen von 10 und 15 Amp. können oft Wunder wirken.

2. Sorgen Sie dafür, daß Lärm oder sonstige Störungen ausgeschaltet werden. Es geschah tatsächlich, daß hinter einer Faltwand, die den Saal von einem Nebenraum trennte, eine Blechkapelle zu einer Hochzeit aufspielte. Lassen Sie die Fenster zu einer Verkehrsstraße hin schließen und zu einer ruhigen Seite hin öffnen. Warten Sie nicht, bis der Redner Sie bitten muß, nach einem lärmenden Nebenraum hin die Türen zu schließen. Überhaupt kümmern Sie sich hellwach um alles vor und während der Rede.

3. Viele Versammlungen beginnen ("weil ortsüblich") mit einer Verspätung bis zu 30 Minuten. Die pünktlich erschienenen Versammlungsteilnehmer langweilen sich und müssen durch den verzögerten Beginn für jene "büßen", die zu spät kommen.

Es muß zur bindenden Regel unserer Partei werden, daß Versammlungen und Kundgebungen höchstens 15 Minuten nach dem angesetzten Termin auch beginnen. Das gehört zu einem guten Stil und bürgert sich sehr schnell ein, wenn unsere Vorstände auf pünktlichen Beginn achten.

Bei Versammlungen an Sonntagen ist die Kirchzeit freizuhalten. Es ist untragbar, vor dem Rednerpult im Saal eine große unbesetzte Fläche zu haben, während die Zuhörer in ihrer Bescheidenheit im Hintergrund sitzen. Da kommt keine Stimmung auf!

Mit Geschick kann man auch Versammlungsbesucher veranlassen (persönliche Begrüßung und Geleit zum Platz!), in der Nähe des Redners Platz zu nehmen.

Das Pult gehört nicht so auf einem breiten Tisch aufgestellt, daß der Redner mit ausgestrecktem Arm sein Manuskript umblättern muß, nur weil die bekannte Leinwand mit dem NPD-Zeichen senkrecht herabhängen soll. Es gibt bestimmt dafür günstigere Lösungen.

Man frage den Redner, ob und was er zum Trinken braucht und besorge es unaufgefordert und frage ferner nach dem Platz, wo er es hinhaben möchte. Und die Pultbeleuchtung bitte nicht vergessen!

4. Von geradezu entscheidender Bedeutung ist eine voll taugliche Lautsprecheranlage. Das Mikrophon soll an einem biegsamen "Schwanenhals" angebracht sein, damit man die günstigste Höhenstellung wählen kann. Bei vielen, starr an einem Rohr festgeschraubten Mikrophonen weiß man einfach nicht, wie man es sinnvoll anwenden soll.

Die in den Sälen verfügbaren Lautsprecheranlagen erschweren oftmals die Verständigung zwischen Redner und Zuhörern, anstatt diese zu erleichtern.

Die Lautsprecheranlagen müssen vom Versammlungsleiter rechtzeitig, d.h. vor Eintreffen der Versammlungsteilnehmer, auf ihre Brauchbarkeit geprüft und Sprechproben gemacht sein. Es sollte stets aus unseren Reihen ein Techniker hierfür zur Verfügung stehen, der auch die Tonbandaufnahmen machen kann.

Ambeliebtsten sind bei den Rednern die Vorstandstische, wo besonders nervöse Herren kettenrauchend dem Redner ihre Zigarette unter die Nase halten, weil solches den Ruin seiner überanstrengten Stimmbänder beschleunigt. Auch hier muß der Verantwortliche (möglichst vorausschauend) unaufgefordert eingreifen.

5. Wo es durchführbar ist, sollte mit der Bedienung vereinbart werden, während der Rede fernzubleiben. Daher vor Beginn dazu auffordern, sich mit dem Gewünschten zu versorgen.

Man lasse auch die geparkten Fahrzeuge vor dem Versammlungslokal überblicken, damit man vor der Rede die Eigentümer bitten kann, eine verstellte Ausfahrt z. B. frei zu machen.

Kurz: Augen auf und höchste Aufmerksamkeit! Jeder Erfolg hängt auch von vielen Kleinigkeiten ab. Man sei sich nicht zu gut, nach dem Sandkorn zu sehen, das durchaus in der Lage ist, eine große Maschine stillzulegen!

6. Wir brauchen Geld! Es ist nie leichter und reichlicher zu erhalten als in der Summe aller Versammlungen. Am besten fordert der Redner auf, nicht das bekannte dämliche "Scherflein" zu geben, sondern ein echtes Opfer darzubringen, mit dem der Einzelne über sich selbst hinauswächst und ohne welches noch nie in der Geschichte Bedeutendes erreicht worden ist.

Die Sammlung muß sofort in der Pause nach der Rede erfolgen! Das bedeutet: In derselben Sekunde, in der der Redner schließt, beginnen die Sammler oder Sammlerinnen. Das "Darf ich bitten" beziehungsweise "Vielen Dank" dürfte selbstverständlich sein. Je mehr Sammler, umso rascher erfaßt man alle Besucher, ehe sie aufstehen. Die abzusammelnden Tische bzw. Stuhlreihen jedem Sammler genau zuteilen. Aufpassen und nicht schlafen! Viele Besucher haben berichtet, daß der Sammler weitereilte, während sie gerade nach dem Geldbeutel griffen. Es ist nun einmal so: In der minutiösen Vorbereitung liegt der Erfolg! Der Verantwortliche muß die Gefäße zum Sammeln verteilen bei der Festlegung der Sammelbereiche. Keine alten Hüte! Am besten tiefe Teller oder Plastikschalen resp. Schüsseln. Sektkübel oder Eimer können zwar viel fassen, sind aber schlecht überschaubar. Der Geldschein oder das Fünfmarkstück am Boden des Sammelgefäßes hat eine sehr anregende Wirkung. Wenn bekannt ist, daß ein Freund unserer Partei bereit ist, einen Schein zu spenden, beginnen Sie bei ihm zu sammeln, damit die anderen wissen, daß es erlaubt ist, auch größere Beträge zu stiften. Das erfreuliche Sammelergebnis ist schnellstens zu ermitteln, damit es noch im Rahmen der Versammlung mit lobenden Worten des Dankes bekanntgegeben werden kann.

Die Werbung für die "Deutschen Nachrichten" sollten an den Spendenaufruf angeschlossen werden. Der Verlag der "Deutschen Nachrichten" hat hierzu den Verbänden Textvorschläge gegeben, die auch benutzt werden sollten.

Dieser Werbung ist die gleiche Bedeutung beizumessen wie der stattfindenden Versammlung. Die auf den Tischen vorsorglich ausgelegten Bestellkarten der "DN" nützen allein

nichts! Wichtig ist die persönliche Ansprache und Aufforderung zum Bezug der "DN", denn oft bedarf es nur eben dieses letzten Anstoßes durch die Vorlage einer Bestellkarte mit einem funktionierenden Kugelschreiber. Nicht jeder geht von selbst zum DN-Verkaufstisch (Saaleingang), der so aufgestellt sein sollte, daß alle Versammlungsbesucher daran vorbeigehen müssen.

7. Diskussionsmeldungen prinzipiell schriftlich anfordern, die während der 10-Minutenpause entgegengenommen werden. Bekanntgeben, daß danach keine Meldungen mehr angenommen werden.

Die Redezeit der Diskussionsredner mit 5 Minuten angeben. Sie kommen in der Reihenfolge ihrer schriftlichen Wortmeldungen dran. Die Stellungnahme zu ihren Diskussionsbeiträgen erfolgt dann zusammenhängend durch den Redner, um eventuellen Überschneidungen vorzubeugen, wie es sehr häufig bei verschiedenen Diskussionsrednern vorkommen kann. Wichtig ist, daß die Gegner ungestört ihre Ansichten im Rahmen der zugebilligten Redezeit entwickeln können. Bei Zwischenrufen aus den eigenen Reihen sofort abstellend eingreifen.

Der Versammlungsleiter soll sich bewußt sein, daß es nicht notwendig ist, vor der Rede des Abends eine Schwedenplatte, garniert mit den Redensarten quer durch den Katalog aller politischen Gesichtspunkte, zu präsentieren. Wenn er überhaupt Eigenes vorträgt, kann sich das bestenfalls auf besondere Ereignisse örtlicher Art beziehen, falls es nicht angebrachter erscheint, durch Information des Redners, ihm damit die Möglichkeit zum entsprechenden Ausbau seiner Rede zu geben.

Redner und Versammlungsleiter sollten sich vor nationalen Phrasen aus der Zeit von gestern oder gar vorgestern hüten. Sie stoßen nicht nur junge Menschen ab, sondern jeden Patrioten, dem es wirklich ernst ist um die deutsche Sache. Mittelpunkt der NPD-Versammlung muß die zeitbezogene, sachliche, harte politische Tatsache sein, nicht aber Schwelgerei in nationaler Romantik, die einfach passé ist.

Auf einen Zwischenruf nicht gleich mit der Entfernung aus der Versammlung drohen. Ein geschickter Redner wird meist allein damit fertig und wertet ihn zu unseren Gunsten um. Erst wenn erkennbar wird, daß die Rede mit solchen Ungezogenheiten unmöglich gemacht werden soll, empfiehlt sich ein entsprechendes Einschreiten. Hierbei soll der Versammlungsleiter jedes seiner Worte auf die Goldwaage legen, denn jede Entgleisung im Vokabularium wird sofort hochgespielt und bei jeder Gelegenheit durch die Gegner erneut vorgehalten.

Aber auch da erreicht man am meisten, wenn man z. B. sagt: "Wer so auftritt, signalisiert, wo die Kräfte der Unduldsamkeit sind. Wir können als NPD nur profitieren, wenn wir die den Zuhörern den Gegensatz zwischen unserer Sachlichkeit und den schlechten politischen Manieren anderer so anschaulich vorführen. Wir danken Ihnen auch für diesen Beitrag zur politischen Meinungsbildung."

Jeder Versammlungsleiter soll das Versammlungsgesetz bei sich haben. Es ist im Strafgesetzbuch und in den OV/IV enthalten.

8. Wichtig ist in jedem Falle die Anbringung eines oder mehrerer Versammlungsplakate am Straßeneingang des Versammlungsgebäudes (Leitweg!), wobei es außerdem sehr nützlich sein kann, einen freundlichen, jungen Parteifreund daneben zu postieren, der den Besuchern mit Hinweisen dienlich sein kann.

Oftmals ist die Sitzanordnung durch die gestellten Tische so unmöglich, daß sie geändert werden muß. Die Tischreihen dürfen nicht quer, sondern müssen längs zur Blickrichtung des Redners gestellt sein, damit nicht die Hälfte der Besucher mit dem Rücken zum Rednerpult sitzen muß.

Bitte sage niemand: Das wissen alle Kreisverbände längst! Die tägliche Erfahrung lehrt, daß man überall noch hinzulernen muß, und wie leicht übersieht man gerade so naheliegende und wesentliche Dinge. Die Versammlungen der NPD müssen die bestvorbereiteten von allen werden! Auch das ist eine Visitenkarte der Politik!

9. Die Redner gehören vor der Versammlung nach der Abrechnung befragt, die, wenn möglich, dann auch gleich erfolgen sollte. Es ist sehr oft so, daß man vor allen Augen dem Redner Geld auf den Tisch legt, gleichsam als wäre das Geschäft getätigt und die

Gage fällig. Quittungen werden unauffällig zur Unterschrift vorbereitet und der Betrag - meist eben doch nur die nackten Fahrkosten - taktvollerweise in einem Briefumschlag überreicht. Zu allem gehört ein gewisser Stil, gerade in solchen unvermeidlichen Geldsachen.

Ein vielbeschäftigter Redner muß normalerweise 14 Tage vorher die vollständigen Angaben, die seine Rede betreffen, schriftlich in seinen Händen haben. Es ist doch unmöglich, daß man ihn z. B. im Trubel eines Parteitages angeht und wenn es hochkommt dann telefonisch mitteilt, daß alles klappt! Wenn ein Redner 7 Tage ununterbrochen unterwegs ist, genügt es auch nicht, wenn er am vorletzten Tag die endgültige Zusage im Briefkasten hat! Es ist erstaunlich zu sehen, wie manche Verbände sich eine Korrespondenz mit den Rednern vorstellen.

Briefe ohne Absender! Der übrigens auf jeden Briefkopf gehört und nicht nur auf den Umschlag. Postleitzahl! Sie ist dem Absender eher bekannt als dem Empfänger, der sie für die Antwort ganz gut gebrauchen könnte. Unleserliche Unterschriften lassen den Empfänger im Ungewissen, mit wem er es überhaupt zu tun hat und wie er in der Antwort seinen Briefpartner anreden soll. Bitte Rufnummern angeben und vor allem jene, mit der man kurz vor der Versammlung noch wichtige Durchsagen anbringen kann! Wenn ein Zugangschluß nicht erreicht wird oder eine Kfz-Panne sich ereignet, muß eine Nachrichtenverbindung gewährleistet sein! All das ist aus vielfacher Erfahrung gesprochen.

10. Vereinbaren Sie klar die Themen! Es ist sehr nachteilig und oft peinlich, wenn der Redner zu einem Zusammenhang sprechen soll, den er nicht beherrscht, während er in seinem Bereich ein gutes Referat halten würde.

Die Nationalhymne und der Große Zapfenstreich sind nur für ganz besonders feierliche Anlässe vorgesehen und dafür auch vorzubehalten.

Das Thema "Kirchen" gehört nicht auf die politische Plattform. Es ist für die NPD, die sich der christlichen Tradition in der deutschen und europäischen Geschichte bewußt ist, grundsätzlich tabu.

Genauso verhält es sich mit "weltanschaulichen" Auseinandersetzungen oder der sogenannten "Judenfrage".

Wer meint, seine weltanschaulichen Auffassungen vor NPD-Versammlungsbesuchern vorzutragen zu können, hat sich im Forum geirrt. Wir haben keine Ideologien zu verfechten, sondern ausschließlich die deutsche Sache nach innen und außen. Die NPD hat die Aufgabe, den wahren Willen der deutschen Nation zu offenbaren. Dieser schweren Aufgabe kann nur mit nüchternem Realismus und großem Ernst nachgekommen werden.

----- anzeige -----

EIN ZIMMER- oder Teilwohnung (leer) preiswert mit Küchenbenutzung und möglichst Bad von Schauspielschülerin zum 1. November 1968 dringend gesucht. Anruf erbeten: Telefon: 19 19 230.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: